E-Mail an die Politik – SPD

Adressat*innen

Als mitregierende Partei hat es die SPD in der Hand, das Lieferkettengesetz in den aktuellen Verhandlungen zu verteidigen und den Gesetzgebungsprozess zu nutzen, um zentrale Aspekte des Gesetzes sogar noch zu verbessern.

- Als **SPD-Bundesvorsitzender** hat **Lars Klingbeil** eine besondere Verantwortung. Er ist unter parteivorstand@spd.de erreichbar.
- Auch dem neuen Minister für Arbeit und Soziales, **Alexander Schweitzer,** kommt beim Lieferkettengesetz eine entscheidende Verantwortung zu. Er ist unter poststelle@bmas.bund.de zu erreichen. Ebenso an dem Prozess beteiligt sind die SPD-geführten Ministerien für Umwelt und Klimaschutz unter **Carsten Schneider** (poststelle@bmuv.bund.de), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter **Reem Alabali Radovan** (poststelle@bmz.bund.de) sowie für Justiz und Verbraucherschutz unter **Stefanie Hubig** (poststelle@bmjv.bund.de).
- Aber auch alle anderen **SPD-Bundestagsabgeordneten** sollten an ihre Verantwortung zum Schutz von Arbeiter*innenrechten erinnert werden. Auf dieser Seite von Abgeordnetenwatch sind alle SPD-Abgeordneten aufgelistet. Sucht Euch die Mitglieder raus, die ihr anschreiben möchtet. Ihr könnt bspw. die Abgeordneten aus eurem Wahlkreis anschreiben oder aus dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, in dem das Gesetz vor allem diskutiert wird.

  Die E-Mailadressen von Bundestagsabgeordneten setzen sich immer wie folgt zusammen: **vorname.nachname@bundestag.de**. Umlaute werden ausgeschrieben. Für **Matthias Miersch**, den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, lautet die Adresse beispielsweise matthias.miersch@bundestag.de.

  Nach diesem Muster könnt ihr alle Kontakte selbst erstellen.

Schreibt die Adressat*innen direkt von eurem E-Mailprogramm aus an. Ihr könnt dazu das folgende Textbeispiel als Vorlage nutzen.

Textbeispiel

*Betreff: Lieferkettengesetz stärken: Arbeiter*innenrechte schützen, Verwässerung stoppen!*

Sehr geehrter Herr [NAME] / Sehr geehrte Frau [NAME],

aktuell erarbeitet die Bundesregierung einen **Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie.** Mit Sorge verfolge ich die Ankündigung, den Anwendungsbereich drastisch einzuschränken und damit viele Unternehmen wieder aus ihrer Verantwortung zu nehmen. Dabei bietet die Umsetzung der EU-Richtlinie eine riesige Chance, das deutsche Lieferkettengesetz **noch praktikabler und wirksamer** zu machen.

Das Lieferkettengesetz ist ein Meilenstein gegen Ausbeutung und Kinderarbeit und auch **ein historischer Erfolg sozialdemokratischer Politik.** Und es wirkt: Es stärkt die Position von Gewerkschaften weltweit und führte bereits zu konkreten Verbesserungen für Beschäftigte, von besseren Arbeitsbedingungen auf Bananenplantagen in Ecuador bis hin zur Bekämpfung von Ausbeutung im Transportsektor hier in Deutschland. Darüber hinaus sorgt das Gesetz für einen fairen Wettbewerb: Es gibt Unternehmen gleiche und machbare Rahmenbedingungen, um verantwortungsvoll wirtschaften zu können. Aber das Gesetz hat Lücken.

Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie bitte ich Sie daher eindringlich, sich für folgende Kernpunkte einzusetzen:

- Es braucht eine **wirksame zivilrechtliche Haftungsregelung**, damit Betroffene Anspruch auf Recht und Schadenersatz bekommen.
- Es braucht eine **starke und unabhängige Behörde**, die das Lieferkettengesetz auch wirksam umsetzt und Unternehmen bei Vergehen sanktioniert.
- Der **Anwendungsbereich des LkSG muss beibehalten werden:** Es dürfen keine Unternehmen, die schon seit fast vier Jahren das deutsche Lieferkettengesetz umsetzen, wieder aus ihrer Verantwortung genommen werden.

Eine Abschwächung des bereits erreichten Schutzniveaus von Menschenrechten, den das Lieferkettengesetz derzeit bietet, wäre nicht nur ein Schlag ins Gesicht der vielen **Arbeiter*innen weltweit**, die für unsere Produkte und Rohstoffe schuften, sondern widerspräche auch den **Rückschrittsverboten** sowohl des UN- als auch EU-Rechts.

Nutzen Sie Ihre **politische Stimme**, um sich gegen eine Abschwächung und für Verbesserungen des Lieferkettengesetz stark zu machen, damit es sowohl der Umwelt und den Menschen weltweit, als auch den Unternehmen in Deutschland nutzt.

Mit freundlichen Grüßen

[DEIN NAME]